

Protokoll Gemeinderat - öffentlich - vom 26.01.2021

) TOP Mitteilung der Verwaltung

Oberbürgermeister Pauly weist darauf hin, dass die Gemeinderatssitzung nach § 1 c Abs. 2 Nr. 2 Corona-VO eine Veranstaltung im Sinne des § 10 Abs. 4 darstelle. Besucher und Teilnehmer der Sitzung seien daher aus triftigem Grund von der geltenden Ausgangsbeschränkung ab 20 Uhr ausgenommen.

1) TOP Einwohnerfragen

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

2) TOP 1-001/21 Herrn Stadtrat Tobias Mauz - Ausscheiden aus dem Gemeinderat

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 1-001/21 ein.

Mit dem Wegzug aus Donaueschingen von Stadtrat Tobias Mauz stehe ein Wechsel im Gremium an. Herr Tobias Mauz scheidet infolgedessen gemäß § 31 Abs. 1 GemO automatisch vorzeitig aus dem Gemeinderat aus. Das Ausscheiden müsse formal vom Gemeinderat festgestellt werden.

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass Herrn Stadtrat Tobias Mauz wichtige Gründe für das Ausscheiden aus dem Gemeinderat zum 26.01.2021 vorliegen.
2. Dem Ausscheiden von Herrn Stadtrat Tobias Mauz aus dem Gemeinderat der Stadt Donaueschingen mit Ablauf des 26.01.2021 wird zugestimmt.

(33 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

3) TOP 1-002/21 Nachrücken in den Gemeinderat - Herr Martin Auer

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 1-002/21 ein.

Auf Stadtrat Tobias Mauz folge Herr Martin Auer, der aufgrund des Wahlergebnisses der Gemeinderatswahl vom 26. Mai 2019 als nächstes in den Gemeinderat nachrückt. Vom 7. September 2018 bis 22. Juli 2019 sei Herr Auer bereits als Nachrücker von Frau Dr. Claudia Jasumbek Gemeinderatsmitglied gewesen. Hinderungsgründe nach § 29 GemO lägen keine vor.

Beschluss:

Es wird festgestellt, dass für das Nachrücken von Herrn Martin Auer in den Gemeinderat keine Hinderungsgründe nach § 29 GemO vorliegen.

(33 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

4) TOP 1-004/21 Neuverpflichtung als Stadtrat - Martin Auer

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 1-004/21 ein.

Er bittet Herrn Martin Auer zur Vornahme der Vereidigung die Verpflichtungsformel nachzusprechen und im Anschluss die Niederschrift über die Vornahme zu unterzeichnen.

Die anwesenden Sitzungsteilnehmer erheben sich. Oberbürgermeister Pauly nimmt die Verpflichtung des neuen Gemeinderatsmitglied Herrn Martin Auer gemäß folgendem Wortlaut vor:

„Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Stadt gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern.“

Die Niederschrift wird von Oberbürgermeister Pauly und Gemeinderat Martin Auer unterzeichnet.

5) TOP 1-003/21 Gemeinderat - Änderung Ausschussbesetzung

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 1-003/21 ein.

Beschluss:

Der Änderung der Ausschuss- und Gremienbesetzung wird zugestimmt.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

6) TOP 1-005/21 Verabschiedung Herr Tobias Mauz

Oberbürgermeister Pauly: Aufgrund der Abwesenheit von Herrn Tobias Mauz verzichte er auf eine lange Rede. Er bitte die GUB-Fraktion ihm seinen Dank und seine Anerkennung im Namen der Stadt Donaueschingen für sein ehrenamtliches Engagement zum Wohl der Stadt und der Bürger auszurichten.

Fraktionsprecher Milbradt sagt die Weitergabe der Dankesworte zu.

7) TOP 5-002/21 Grabplatz- und Bestattungsgebühren – Gebührenkalkulation und Neufassung der Friedhofsgebührenordnung

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 5-002/21 ein. Er räumt zu Beginn ein, dass die Friedhofsgebührenordnung in der vorgelegten Fassung heute nicht zwingend beschlossen werden müsse, da ihm bereits Einwendungen der Fraktionsprecher bekannt seien.

Frau Irmgard Denk, Schneider & Zajontz, Gesellschaft für kommunale Entwicklung mbH, aus Heilbronn führt dem Gemeinderat eine Präsentation vor. Diese ist der Niederschrift beige-fügt.

Die kalkulierten Gebührensätze seien zu 100 % kostendeckend. Es liege im Ermessen des Gemeinderats die volle Kostendeckung zu unterschreiten und fehlende Einnahmen mit finanziellen Mitteln aus dem Ergebnishaushalt zu subventionieren. Für einzelne Kategorien wie Grabnutzungs- oder Bestattungsgebühren seien verschiedene Deckungsgrade möglich, nicht hingegen für einzelne Gebührentatbestände innerhalb der Kategorien. Dem stünde das Äquivalenzprinzip entgegen. In der aktuell geltenden Gebührensatzung sei das nicht beachtet worden, da unterschiedliche Kostendeckungen in einzelnen Gebührentatbeständen festgelegt worden seien. Bei der Neukalkulation ergebe die Anpassung vereinzelt eine erhöhte Kostensteigerung. Die Überdeckung wäre rechtswidrig.

Oberbürgermeister Pauly weist nochmals darauf hin, der Verwaltungsvorschlag enthalte die Gebührensätze mit einer hundertprozentigen Kostendeckung. Der Gemeinderat habe den Ermessensspielraum zu entscheiden, in welchem Umfang die gebührenfähigen Kosten auf die Nutzer umgelegt werden.

Stadtrat Lienhard: Die CDU-Fraktion unterstütze die angestrebte volle Kostendeckung grundsätzlich, wobei eine geringe Unterdeckung (bis 10 %) in einzelnen Kategorien in Kauf genommen werde.

Einwände äußert er bezüglich der neu kalkulierten Gebühr „Reihengrab für Kinder unter 6 Jahren“ (§ 5 Abs. 1b Friedhofsgebührenordnung). Die Verdopplung der Gebühr sei nicht hinnehmbar. Er schlage vor, die Gruppe auf Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren zu erweitern. So könne eine Gebührensenkung erreicht werden, weil dadurch die Anzahl der Todesfälle in dieser neuen Gruppe steige.

Frau Denk wendet ein, dass es bei der vorgeschlagenen Erweiterung trotzdem verhältnismäßig wenig Todesfälle gebe.

Stadtrat Lienhard ergänzt, dass die Gebühr für die Nutzung der Aussegnungshallen der Ortsteile zu hoch im Vergleich zur Friedhofskapelle der Kernstadt, da diese besser ausgestattet und voll überdacht sei (§ 6 Abs. 2 a, b Friedhofsgebührenordnung).

Frau Denk: Das könne bei der Gebührenhöhe berücksichtigt werden.

Fraktionssprecher Rainer Hall: Für die FDP/FW-Fraktion sei die 100 prozentige Kostendeckung bei Wahlgräbern vertretbar. Bei Reihengräbern sei eine Kostenunterdeckung angebracht. Er bitte um Prüfung, wie drastische Gebührenerhöhungen bei einzelnen Gebührentatbeständen vermieden werden könnten und schlage vor, den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Fraktionssprecher Blaurock unterstützt den Antrag und regt an, das Thema im kleinen Kreis zu beraten. Die beabsichtigte Gebührenerhöhung sei in einigen Punkten moralisch nicht vertretbar. Jede Fraktion solle der Verwaltung ihre Vorschläge vorlegen. Er frage sich, ob der Gemeinderat die letzte Satzung rechtswidrig beschlossen habe.

Fraktionssprecher Wild und Fraktionssprecher Vetter fordern ebenfalls, dass die Festlegung der Gebühren für trauernde Angehörige besonders bei Bestattungen von Kindern sozial verträglich gestaltet werde. Eine Abstimmung in der heutigen Sitzung sei nicht sinnvoll. Die Verwaltung solle in Zusammenarbeit mit Frau Denk gegebenenfalls eine neue Kategorie bilden und eine Lösung im Sinne des Gemeinderats erarbeiten.

Fraktionssprecher Vetter sieht einen möglichen Ansatz darin, die Parameter des Äquivalenzprinzips zu verändern. Der Berechnung bei einem Urnengrab liege eine Bestattung mit bis zu vier Urnen zugrunde. Werde diese Anzahl auf zwei Urnen reduziert, falle die Gebühr geringer aus.

Die Satzung vom 16.03.2016 sei damals nach bestem Wissen und Gewissen vom Gemeinderat beschlossen worden.

Frau Denk bestätigt, dass die Anzahl möglicher Bestattungen bei einem Urnengrab zu einer höheren Kostensteigerung führe. Die Äquivalenzziffern könnten in der Friedhofsatzung neu festgelegt werden. Eine Verringerung von üblicherweise vier auf maximal zwei Urnenbestattungen je Urnengrab werde den Gebührensatz verringern.

Oberbürgermeister Pauly: Als ehemaliger Anwalt sehe er einen Lösungsweg darin, die Neufassung der Satzung zu beschließen und in einer weiteren Satzung die Förderung bestimmter Bestattungen zu regeln. Das bedeute, dass die Stadt sich in bestimmten (Härte-)Fällen an den Kosten beteilige.

Frau Denk: Die Subventionierung komme beispielsweise bei der Kategorisierung von Bestattungen einheimischer Bürgern im Vergleich zu Bestattungen auswärtiger Personen in Betracht.

Stadtrat Horst Hall: Die Gebühr für die Grabräumung eines Erdgrabs in Höhe von 95,- Euro sei seiner Ansicht nach zu gering angesetzt. Der Gebührensatz müsse höher sein, da der Aufwand für eine Grabräumung höher als 95 Euro sei. Zudem bestehe zwischen dem Wahlgrab und dem Reihengrab eine zu große Diskrepanz, da auf manchen Friedhöfen der Platz für ein Wahlgrab nicht wirklich ausgesucht werden kann.

Frau Denk: Bei einem Reihengrab werde den Nutzern ein Platz in einer Reihe zugewiesen, bei einem Wahlgrab könne die Grabstelle frei gewählt werden. Das schlage sich in der Äquivalenzziffer nieder und mache die Kostendifferenz aus.

Oberbürgermeister Pauly bittet die Fraktionen der Verwaltung Änderungsvorschläge zu machen und stichpunktartig auf Problematisches hinzuweisen. Die Verwaltung werde die Satzung überarbeiten und dem Gemeinderat vorlegen. Die Beschlussfassung werde bis dahin vertagt.

Aus dem Gemeinderat ergeht hierzu kein Widerspruch.

Beschluss: Die Abstimmung über den Tagesordnungspunkt wird vertagt.

8) TOP 1-007/21 Hauptsatzung - Änderung

Oberbürgermeister Pauly eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Amtsleiter Biehler führt ausführlich in die Sitzungsvorlage Nr. 1-007/21 ein.

Oberbürgermeister Pauly (auf Nachfrage von Stadtrat Roland Erndle): Das Fragerecht der Einwohner bei einer Gemeinderatssitzung werde durch die Einführung von Video- oder Hybrid-sitzungen des Gemeinderats nicht eingeschränkt. Diese könnten dann beispielsweise im Mozartsaal der Donauhallen über die Videokonferenz gestellt werden. Telefonische Einwohnerfragen seien nicht möglich.

Beschluss: Der Gemeinderat beschließt die Änderung der Hauptsatzung entsprechend der Anlage 1.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

9) TOP 2-001/21 Bereitstellung von städtischen Räumlichkeiten für Vereine während der Corona-Pandemie

Oberbürgermeister Pauly eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Amtsleiter Haller führt in die Sitzungsvorlage Nr. 2-001/21 ein.

Stadtrat Horst Hall, Ortsvorsteher Aasen: Er danke Frau Feger für die enge und gute Zusammenarbeit mit den Vereinen. Er habe positive Rückmeldungen von den Vereinen erhalten.

Als Ortsvorsteher von Aasen biete er städtischen Vereinen für ihre Versammlungen bei Bedarf die Aasener Bürgerhalle an. Derzeit stehe diese vor allem an Wochenenden zur Verfügung. Die Kosten der Hallennutzung seien relativ gering.

Oberbürgermeister Pauly dankt für das unkomplizierte Angebot.

Fraktionssprecher Milbradt: Die GUB-Fraktion sei bezüglich des Hallenbedarfs von anderen Tatsachen ausgegangen. Wenn es für die Vereine ausreichend Hilfsangebote gebe, was offensichtlich der Fall sei, gehe das in Ordnung.

- Beschluss:
1. Der Gemeinderat nimmt die Darstellung zur Kenntnis.
 2. Der Gemeinderat stimmt der vorgeschlagenen Nutzung der Ortsteilhallen für einmalige Nutzungen wie auch für den Probenbetrieb der betroffenen Musik- und Gesangsvereine zu.

(30 Ja, 0 Nein, 4 Enthaltungen)

10) TOP 5-001/21 Sanierungsgebiet "Südliche Innenstadt" - Rückgabe der Sanierungsmaßnahme

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 5-001/21 ein.

Er fragt den Gemeinderat, ob die Beschlussziffern in einem Abstimmungsvorgang abgestimmt werden könnten.

Hierzu ergeht kein Widerspruch aus dem Gremium.

- Beschluss:
1. Der Gemeinderat beschließt die Rückgabe der Sanierungsmaßnahme "Südliche Innenstadt".
 2. Herr Oberbürgermeister Pauly wird beauftragt, diesen Rückgabebeschluss dem Regierungspräsidium Freiburg zu übermitteln.
 3. Alle Eigentümer des Abgrenzungsbereiches Sanierungsgebiet „Südliche Innenstadt“ und die Träger öffentlicher Belange sind über die Rückgabe der Sanierungsmaßnahme in Kenntnis zu setzen.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

11) TOP 9-002/21 Eigenbetrieb Wasserwerk / Erweiterung Wassergewinnung, 1. BA - Vergabe Förderleitung Gutterquelle

Oberbürgermeister Pauly verweist auf die Tischvorlage Nr. 9-002/21/1.

11.1) TOP 9-002/21/1 Eigenbetrieb Wasserwerk / Erweiterung Wassergewinnung, 1. BA - Vergabe Förderleitung Gutterquelle

Oberbürgermeister Pauly führt in die Tischvorlage Nr. 9-002/21/1 ein.

Amtsleiter Monien: Das Submissionsergebnis sei sehr erfolgreich gewesen. Die erhebliche Differenz zu den kalkulierten Kosten liege unter anderem auch daran, dass ein anderes Verlegungsverfahren gewählt worden sei. Die für den 1. Bauabschnitt eingestellten Haushaltsmittel in Höhe von 880.000 Euro würden nicht benötigt. Des Weiteren liege die Kalkulation beinahe 13 Monate zurück und die Preise seien mittlerweile gesunken.

Beschluss: Die Firma Behringer Tiefbau GmbH & Co KG, Hüfingen, wird mit den Tiefbauarbeiten zum Angebotspreis von 401.277,10 € (brutto) beauftragt.

(32 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)

12) TOP 9-001/21 Käferbrücke / Donaueschingen - Vergabe Sanierung

Oberbürgermeister Pauly verweist auf die Tischvorlage Nr. 9-001/21/1.

12.1) TOP 9-001/21/1 Käferbrücke / Donaueschingen - Vergabe Sanierung

Oberbürgermeister Pauly führt in die Tischvorlage Nr. 9/001/21/1 ein.

Beschluss: Die Firma Stumpp-Bau GmbH & Co KG, Balingen, wird mit den Sanierungsarbeiten in Höhe von 409.828,46 € beauftragt.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

13) TOP 7-004/21 Beteiligungsbericht 2019

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 7-004/21 ein.

Auf Nachfrage ergehen keine Rückfragen aus dem Gremium an Amtsleiter Zoller.

Beschluss: Der Beteiligungsbericht 2019 wird zur Kenntnis genommen.

14) TOP 7-001/21 Information über Vergaben und Mittelbewirtschaftungen und zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Jahr 2020

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 7-001/21 ein.

Amtsleiter Biehler (auf Nachfrage von Stadtrat Lienhard): Zu den beiden Investitionszuschüssen für die Kirchen St. Johannes der Täufer in Pföhren und St. Johann in Donaueschingen habe es jeweils einen Gemeinderatsbeschluss gegeben. Da die beiden Maßnahmen sehr zeitverzögert umgesetzt worden seien, sei der Ansatz nicht mehr im Haushaltsplan verfügbar gewesen. Daher seien für die Maßnahmen Nr. 3 und Nr. 4 der Auflistung (Anlage 2) außerplanmäßige Ausgaben entsprechend des Gemeinderatsbeschlusses getätigt worden.

Stadtrat Lienhard: Die Maßnahmen der Positionen 18 und 21 (Anlage 1) seien beide für die Realschule Donaueschingen vorgesehen. Trotz einer Vergabesumme von insgesamt über 130.000 Euro sei die Vergabe jeweils freihändig erfolgt. Er frage nach, weshalb aufgrund der Gesamtsumme der Aufträge keine Ausschreibung gemacht worden sei.

Amtsleiter Butsch: Auch bei freihändigen Vergaben würden drei Angebote eingeholt. Dabei werde das wirtschaftlichste Angebot ausgewählt. Eine detaillierte Auskunft werde er nachreichen.

Beschluss: Der Gemeinderat nimmt die Informationen über Vergaben und Mittelbewirtschaftungen und über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen des Jahres 2020 zur Kenntnis.

15) TOP 7-002/21 Annahme von Spenden - Genehmigung durch den Gemeinderat

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 7-007/21 ein.

Stadträtin Wiemer: Sie freue sich über die Spende für den Besuch der jüdischen Nachfahren in Donaueschingen. Wegen der unsicheren Reiseplanung aufgrund der Corona-Pandemie werde der Besuch auf das Jahr 2022 verschoben. Der Aufenthalt der jüdischen Gäste in Donaueschingen solle unbeschwert gestaltet werden.

Oberbürgermeister Pauly bittet die CDU-Fraktion, dem Spender, Fraktionssprecher Greiner, der an der Sitzung nicht teilnehmen kann, seinen Dank im Namen der Stadt weiterzuleiten.

Stadtrat Lienhard: Er gebe den Dank an Fraktionssprecher Marcus Greiner gerne weiter.

Beschluss: Der Annahme der in der Anlage verzeichneten Spenden wird zugestimmt.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

16) TOP Mitteilungen der Verwaltung

Gebühren Kindertageseinrichtungen

Oberbürgermeister Pauly: Die Stadt werde die Kindergartengebühren im Februar aufgrund der coronabedingten Schließung nicht einziehen, sofern keine Notbetreuung in Anspruch genommen werde. Gegebenenfalls werde eine Verrechnung mit den bezahlten Januar-Gebühren vorgenommen. Das Land Baden-Württemberg habe den Kommunen die Erstattung von 80% der Kosten für ausgefallenen Elternbeiträge zugesagt. Der Gemeinderat könne in einer der nächsten Sitzungen über einen endgültigen Erlass der Gebühr für Januar entscheiden.

Schnelltests

Oberbürgermeister Pauly informiert, dass künftig in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz die Möglichkeit für einen Corona-Schnelltest zum Selbstkostenpreis von 25,00 € am Montagvormittag und Freitagnachmittag in den Räumen des Kreisverbands der ehemaligen Postfiliale in der Schulstraße angeboten werde.

Das Gremium spendet Beifall.

Corona-Schutzimpfung

Oberbürgermeister Pauly: Das Kreisimpfzentrum in Villingen-Schwenningen habe mit den Schutzimpfungen begonnen. Dies hat die Stadtverwaltung zum Anlass genommen, alle über 80-jährigen Bürger anzuschreiben und auf das Impfangebot sowie die Unterstützungsangebote hinzuweisen. In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz und dem Mehrgenerationenhaus werde diesen Bürgern Unterstützung angeboten. Das Rote Kreuz biete seine Hilfe bei der Beförderung an. Dem Schreiben seien FFP2 Masken beigelegt worden. Er danke den Verwaltungsmitarbeitern für die Mithilfe beim Versand der ungefähr 1500 Briefe. Er hoffe, die Aktion helfe der älteren Generation.

Das Gremium spendet Beifall.

Stadtrat Dr. Wagner: Er danke für das Engagement und die Kontaktaufnahme mit den über 80-jährigen Bürgern. Das sei eine großartige Hilfsaktion und sehr wohltuend.

Stadtrat Dr. Kaminski bedankt sich ebenfalls im Namen seiner Schwiegereltern für das Informationsschreiben, das sehr gut angekommen sei.

Förderzusage: Stelle Integrationsbeauftragte

Oberbürgermeister Pauly: Bisher sei die Stelle der Integrationsbeauftragten durch die L-Bank für die Dauer von drei Jahren gefördert worden. Die L-Bank habe den Förderantrag der Stadt für die Stelle der Integrationsbeauftragten auch für das vierte Jahr mit einem Zuwendungsbescheid genehmigt. Für das Jahr 2021 sei ein Zuschuss von 25.000 € zugesagt worden. Im Anschluss an das vierte Förderjahr könne die Stadt jährlich eine Förderung beantragen, die dann bis zu 20.000 € pro Jahr betrage. Das sei erfreulich, da die Stelle aufgrund der bisher geltenden Fördervorschriften noch befristet sei.

Fördermittel Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (LER)

Oberbürgermeister Pauly: Donaueschingen habe eine Förderzusage bei der Programmentcheidung des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR) für Maßnahmen in Aufen und Heidenhofen erhalten. Die Maßnahmen aus dem Bereich „Innenentwicklung/Wohnen“ werde in Aufen mit 47.400 Euro und in Heidenhofen mit 6.990 Euro gefördert.

17) TOP Anfragen und Anträge aus dem Gemeinderat

Förderanträge

Stadtrat Lienhard bittet darum, dass der Gemeinderat einmal pro Jahr eine Übersicht über gestellte Förderanträge der Stadt und deren Erfolgsquote erhalte.

Oberbürgermeister Pauly: Die Verwaltung komme dem Anliegen gerne nach.

Winterdienst Busbahnhof

Stadträtin Zwetschke lobt die Arbeit des Winterdienstes der Technischen Dienst. Aufgrund eines Anrufs gebe sie die Bitte weiter, die Bushaltestellen beim Busbahnhof so weitgehend zu räumen, dass der Aus- und Einstieg von Rollstuhlfahrern erleichtert werde.

Amtsleiter Monien: Der Schneeräumdienst am Busbahnhof werde nicht von den Technischen Diensten, sondern von einem Winterdienstleister durchgeführt. Er werde das Anliegen weitergeben.

Grünstreifenkonzept

Bürgermeister Graf (auf Nachfrage von Stadtrat Dr. Kaminski): Das Konzept für Grünstreifen und Blühstreifen innerhalb städtische Gebiete sei vom Umweltbüro des Gemeindeverwaltungsverbands Donaueschingen erstellt worden. Darüber werde es in der nächsten Sitzung des Technischen Ausschusses einen Tagesordnungspunkt geben.

Streumittel

Stadträtin Riedmaier bittet darum, für die Allgemeinheit Streugutkübel aufzustellen, um die Verwendung von Streusalz auf den Gehwegen zu vermeiden. In anderen Städten werde die Verwendung von Streusalz als Ordnungswidrigkeit geahndet.

Oberbürgermeister Pauly: Das Anliegen werde geprüft.

Langlaufloipen

Stadträtin Weishaar: Dank einiger ehrenamtlich Engagierter seien in Hubersthofen und Wolterdingen tolle Langlaufloipen gespurt worden, die im Umkreis großen Anklang fänden. Sie sei davon sehr beeindruckt.

Fraktionssprecher Blaurock spricht sich dafür aus, den ehrenamtlichen Einsatz zu entlohnen und macht verschiedene Vorschläge.

Oberbürgermeister Pauly: Das sei in Arbeit. Auf Vorschlag von Frau Feger solle den Ehrenamtlichen als Anerkennung der Stadt ein Donaueschinger Einkaufsgutschein überreicht werden. Darüber hinaus folge die Einladung zu einer gemeinsamen Vesper in einer Donaueschinger Gaststätte nach Ende des coronabedingten Lockdowns